

Die Optionen der finnischen Außen- und Sicherheitspolitik bezüglich einer alternativen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Ulla Klötzer¹, Finnland

Finnland als Mitglied der Europäischen Union

Als in den frühen 90er Jahren die EU-Mitgliedschaft Finnlands diskutiert wurde, auch im Zusammenhang mit dem Referendum über den Vertrag von Maastricht im November 1994, betonten alle politischen Eliten und die Mehrheit der Hauptakteure im Bereich der Sicherheit und Abrüstung ihre Überzeugung, dass die Mitgliedschaft nicht zu einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) führen und Finnland seinen Status als neutrales Land bewahren würde.

Paavo Lipponen zum Beispiel, der Direktor des Außenpolitischen Instituts von 1989 – 1991, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei von 1993 – 2005 und Premierminister Finnlands von 1999 – 2003, behauptete in einer Fernsehdiskussion im Zusammenhang mit der Kampagne für das Referendum 1994, dass in der Europäischen Union noch keine Entscheidung über eine gemeinsame Währung und gemeinsame Verteidigung getroffen wurde. Er gestand ein, dass es bereits Diskussionen über diese Themen – jedoch nur auf längere Sicht gesehen – gegeben hat, und dass Finnland als eine souveräne Nation selber darüber entscheiden würde, ob sie bei diesen Aktivitäten teilnimmt. Als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei betonte er, dass seine Partei nicht die Gründung einer europäischen Föderation verfolgen würde. Weniger als 10 Jahre später hat Paavo Lipponen seine Meinung geändert. In einer Rede in London im Februar 2002 meinte er: „Die EU sollte sich zu einer Großmacht entwickeln, sodass sie als vollwertiger Akteur in der Welt funktionieren kann.“²

Auch Tarja Halonen (Sozialdemokratin), Außenministerin von 1995 – 2000 und finnische Präsidentin seit März 2000, versicherte dem finnischen Volk im Oktober 1999, als Frankreich vorgeschlagen hatte, dass die EU-Mitgliedsstaaten dem Modell der EMU-Kriterien (European Monetary Union) folgen sollten um Verteidigungskapazitäten zu bilden, dass diese Sache als „French creative thinking“ (Helsingin Sanomat 6.10.1999) bezeichnet werden könnte und nicht in der nahen Zukunft auf der Agenda stehen würde.

Seit dem Referendum im November 1994 wurden keine anderen EU-Referenden in Finnland abgehalten. Die Verträge von Nizza und Amsterdam wurden kaum besprochen und diese Verträge, sowie auch eine gemeinsame Währung, wurden von dem Parlament übernommen, obwohl sich eine klare Mehrheit der finnischen BürgerInnen für eine Beibehaltung der finnischen Markka (die finnische Währung) ausgesprochen hatte. Die gemeinsame Währung ist eine der wichtigsten Argumente für eine gemeinsame ESVP. Eine gemeinsame Währung müsse von einer gemeinsamen Regierung und von einer gemeinsamen Verteidigung getragen werden. Die BürgerInnen von Dänemark und Schweden haben dies klar erkannt. In beiden Ländern wurde der Euro durch Referenden abgelehnt. Wenn diese Länder allerdings die EU-Verfassung akzeptieren, wird sich die Situation komplett verändern. In Artikel I-8 steht eindeutig geschrieben, dass die Währung der Union der Euro sein soll, und unter anderem wird in den Artikeln I-15, I-40 und I-41 der gemeinsamen ESVP ein starker Rahmen gegeben. Diese Artikel wurden in Finnland überhaupt nicht diskutiert, obwohl laut Meinungsumfragen in den Jahren 2000 und 2004 rund 70% der BürgerInnen eine gemeinsame EU-Armee nicht unterstützen.

¹ Übersetzung ins Deutsche von Georg Leitner.

² Die wörtlichen Zitate wurden von Georg Leitner ins Deutsche übersetzt.

Seitdem Finnland ein Mitglied der EU geworden ist, hat es kaum eine Diskussion darüber gegeben, in welche Richtung sich die Union bewegt. Finnland wurde eines der gehorsamsten Mitglieder, folgte der Politik der großen Mitgliedsstaaten und erhob niemals seine Stimme bei kontroversen Fragen. Finnlands einst hochgeschätzte Stimme für Frieden und Abrüstung ist verstummt. Seit die politische Elite die EU-Politik akzeptiert hat ohne diese zu hinterfragen, wurde auch die Rolle der Medien gezähmt, und aufgrund der Abwesenheit einer kritischen Presse wurden die BürgerInnen politisch ignorant. Die Leute mussten erfahren, dass es keine Mittel gibt, um diese Entwicklung zu beeinflussen, und dies hat zu der traurigen Situation geführt, dass diese einfach ihre Augen vor dieser Situation verschließen. In Finnland haben beinahe exklusiv kleine EU-kritische Gruppen und das links ausgerichtete Finnish Peace Committee Kritik an der ESVP geübt. Gewerkschaften und andere wichtige Organisationen haben in den Lobgesang der politischen Elite miteingestimmt. Kritische Gruppen, eine Handvoll gut informierter und besorgter EU-BürgerInnen und finnische Abgeordnete sind sich dennoch bewusst, dass sich die gemeinsame EU-Verteidigung mit hohem Tempo entwickelt, obwohl die Verfassung noch nicht in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde. Schleichend hat Finnland dies akzeptiert und hat zum Beispiel eigene Truppen für die EU-„battle groups“ zusammengestellt, die innerhalb von 10 Tagen darauf vorbereitet sind an „Peacekeeping“-Operationen in bis zu 6.000 Kilometer entfernten Einsatzgebieten teilzunehmen. Seit Anfang 2007 ist Finnland Teil einer „battle group“, die von Deutschland, Holland und Finnland errichtet wurde. In einem sechsmonatigen Zeitraum müssen finnische Truppen in fünf Tagen einsatzfähig sein. Deutschland und Holland sind beide NATO-Mitglieder. Das Training für die Truppen der zweiten Einheit, welche von Schweden, Norwegen, Estland und Finnland zusammengestellt wurde, wird während des Jahres 2007 beginnen. Norwegen und Estland sind beide NATO-Mitglieder. Die Kosten für die finnischen Gruppen werden auf mindestens 10 Millionen Euro geschätzt. Im Herbst 2004 meinte Präsidentin Tarja Halonen in einem Interview für MTV3 dass „es eine Diskussion über das Risiko geben sollte, dass finnische Soldaten in Zinksärgen zurückkehren – und dies sollte möglichst diskutiert werden bevor die Särge Namensschilder bekommen“ (Hufvudstadsbladet 11.11.2004). Solch eine Diskussion fand dennoch nicht statt. Darüber hinaus wurde in Finnland auch nicht darüber diskutiert, dass die EU-„battle groups“ kein UN-Mandat benötigen – obwohl Finnland traditionellerweise der Autorität der UN großen Respekt entgegengebracht hatte. Die Truppen sollen – in derselben Weise wie auch die US-Truppen im Irak – im Geiste der UN handeln. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass dies nichts bedeuten muss. Unter diesem ungenauen Motto ist es einfach, bestimmte Handlungen im Bereich des Krisenmanagements zu verbergen, die nicht mit dem Völkerrecht kompatibel sind. Es ist wichtig sich in Erinnerung zu rufen, dass die Friedenserzwingung und Krisenmanagement leicht in einen Krieg münden können. In Operationen ohne UN-Mandat bleibt es eine offene Frage, wer den Unterschied zwischen der Erzwingung von Frieden und Krieg definiert. Die Erzwingung von Frieden bedeutet Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten ohne jegliche Erlaubnis. Die Leichtgläubigkeit der finnischen PolitikerInnen bezüglich der militärischen Dimension der EU wurde im Dezember 2004 bestätigt, als das parlamentarische Verteidigungskomitee behauptete, dass es unmöglich sei, dass die EU-Truppen gegen die Prinzipien der UN verstoßen würden. Die Mehrheit des Verteidigungskomitees unterstützte die militärische Entwicklung der EU und die EU-„battle groups“, und betonte zudem, dass diese auch einen positiven Einfluss auf die Beziehung zwischen der EU und den USA haben würde. Damit Finnland bei den EU-„battle groups“ mitwirken kann, musste das Friedenssicherungsrecht geändert werden. Dieses Recht erlaubt es finnischen Truppen nun, an Krisenmanagement-Operationen mit exklusivem UN-Mandat teilzunehmen. Die Vorschriften für „Peace Enforcement“ wurden erweitert. Das Gesetz bezüglich des verpflichtenden Militärdienstes wurde ebenfalls modifiziert, um dem europäischen Level zu entsprechen. An dieser Stelle ist es wichtig darüber zu informieren, dass Finnland seinen offiziellen Status als neutrales Land nie aufgegeben hat. Das Wort Neutralität wird allerdings nicht mehr im offiziellen Sprachgebrauch verwendet, an dessen Stelle tritt das Wort Nicht-Pakt-Gebundenheit.

In Finnland war die graduelle Machtübergabe an die EU-Institutionen durch eine kluge Politik gekennzeichnet: alle wichtigen Entscheidungen wurden zwischen den Wahlen getroffen, sodass jede Diskussion über diese Themen in den Wahldiskussionen vermieden werden konnte. Vor der letzten Parlamentswahl im März 2003 war eine Diskussion über die EU-Verfassung nicht erlaubt. Den PolitikerInnen zufolge war dieses Thema derzeit nicht aktuell. Laut einer Meinungsumfrage im Sommer 2006 unterstützten nur 17 % der finnischen Bevölkerung eine parlamentarische Entscheidung über die Verfassung.

Dieses Faktum wurde bei der European Futures Conference in Helsinki im September von Astrid Thors, Mitglied des Parlaments für die schwedische Volkspartei, aufgegriffen. Sie meinte diesbezüglich: „Das Parlament handelt nicht gemäß den Meinungsumfragen. Wenn das Parlament die Verfassung ratifiziert, können die BürgerInnen bei den nächsten Wahlen Stellung dazu beziehen“. Also gibt Astrid Thors dem finnischen Volk die Chance zu reagieren, wenn es bereits zu spät ist, obwohl die Mehrheit des finnischen Volkes zunehmend kritischer gegenüber der EU geworden ist und ein Referendum über die Verfassung verlangt. Es gibt nichtsdestotrotz eine politische Vereinbarung, dass kein Referendum abgehalten wird, obwohl dieses Parlament nicht auf Basis einer fairen Debatte über die Verfassung gewählt wurde. Repräsentative Demokratie ist zu einem leeren Wort verkommen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Finnland am Aufbau einer alternativen ESVP teilnimmt, ist praktisch nicht vorhanden. Bereits im September 2003 war der finnische General Gustav Hägglund der festen Überzeugung, dass es sowieso in irgendeiner Weise eine gemeinsame europäische Verteidigung geben würde. Seiner Meinung nach entsteht diese gemeinsame Verteidigung entweder auf der Basis eines Vertrages (der Verfassung) oder außerhalb dieses Rahmens, falls keine Übereinkunft erreicht werden kann. Hägglund zufolge dient eine starke, funktionelle gemeinsame Verteidigung im Rahmen der EU den Interessen Finnlands. Durch eine Teilnahme in so einer Zusammenarbeit würde Finnland somit seine Sicherheit verstärken (STT, Finnish News Agency 18.9.2003).

Ein klares Zeichen, dass sich die Außenpolitik Finnlands seit dem Beitritt Finnlands zur EU bedeutend geändert hat, ist auch das folgende Statement des Premierministers Matti Vanhanen im November 2004: „Was die Außenpolitik betrifft, sind wir alles außer neutral ... Durch die EU-Mitgliedschaft sind wir in einer eng verbundenen politischen Union und im weiteren Sinne Teil der westlichen Welt, der transatlantischen Zusammenarbeit“ (Helsingin Sanomat 17.11.2004).

In der Rede der Präsidentin Tarja Halonen im Europäischen Parlament in Straßburg am 5.9.2006 kann man auch zwischen den Zeilen lesen, dass in der finnischen Außenpolitik ein ernsthafter Wandel im Gange ist. Nachfolgend einige Zitate aus der Rede: „Als ich selbst als Außenministerin und meine schwedische Kollegin Lena Hjelm-Wallén eine Initiative für die Entwicklung eines Krisenmanagements für die EU eingereicht haben, haben wir dabei keinen schnellen Prozess erwartet. Aber gegen unsere Erwartungen führte unser Vorschlag zu einer Auflage, die in den Vertrag von Amsterdam eingegangen ist. Heute beruht die sich schnell entwickelnde Krisenmanagement-Politik der EU auf der Verbindung und effizienten Zusammenarbeit von militärischem und zivilem Handeln. Nachhaltige Lösungen für Konflikte bedürfen einer Beeinflussung der Situation durch verschiedenste Mittel“. Im nachfolgenden Zitat wird die starke Bindung zu den USA deutlich: „Die Vertreter der EU waren aktiv an Verhandlungen über das Nuklearprogramm im Iran beteiligt. Der Iran muss sich den Resolutionen des Sicherheitsrates fügen und sich an einem richtigen Dialog beteiligen. In den folgenden Wochen und Monaten muss die EU weiterhin aktive und umfassende diplomatische Anstrengungen verfolgen. Die USA sind, gemeinsam mit den anderen permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates, diesbezüglich ein wichtiger Partner der EU“. Obendrein distanziert sich Tarja Halonen von der lange praktizierten Politik des Einsatzes für Frieden und Sicherheit, sogar ohne Unterstützung von anderen Ländern: „Eine einstimmige EU ist auch ein viel stärkerer internationaler Akteur als jedes ihrer

Mitgliedsstaaten“. Für diejenigen innerhalb der EU, die für eine stärkere gemeinsame Verteidigung plädieren, ist Tarja Halonen ein Geschenk des Himmels. In ihren jüngeren Jahren war sie auch eine bekannte Friedensaktivistin. Heute ist sie stolz darauf, den ersten Eckstein für die ESVP gelegt zu haben.

Viele Beispiele belegen, dass solch eine einstimmige EU bereits zu Situationen geführt hat und auch weiterhin führen wird, in denen Profite wichtiger als Frieden und Gerechtigkeit sind.

2004 haben 53 europäische Menschenrechts- und Friedensorganisationen den Bericht “Taking Control: The case for a more effective EU Code of Conduct” unterzeichnet, in dem die Organisationen den Waffenexport der Europäischen Union kritisieren. Sie behaupten, dass sechs Jahre nachdem die Regeln für den Waffenexport 1998 akzeptiert wurden, EU-Länder ununterbrochen Waffen in Länder exportieren, welche die Menschenrechte verletzen. Über diese Angelegenheit wurde in Finnland nie diskutiert.

Ende August 2006 haben Finnland, Dänemark und Schweden gemeinsam mit den Nicht-EU-Staaten Norwegen und Island an einer nordischen Friedensmission in Sri Lanka teilgenommen. Bei der Mission ging es darum, die Waffenruhe zwischen der Regierungsarmee Sri Lankas und den Tamil Tigers zu überwachen. Heute tragen nur mehr Norwegen und Island die Verantwortung für die Mission, da die EU sich dazu entschlossen hatte, eine der beiden Parteien, die Tamil Tigers, als Terroristen zu bezeichnen. Bevor diese Entscheidung getroffen wurde, warnte der frühere schwedische Leiter der Friedensmission Ulf Henricsson die EU davor, dass die Bezeichnung der Tamil Tigers als Terroristen zu Gewalt und neuen Zusammenstößen führen würde. Unglücklicherweise behielt er Recht. Norwegen und Island befolgen nicht die Vorschriften der EU bezüglich Terrorismus und deswegen arbeiten diese Länder immer noch für den Frieden in Sri Lanka. In Finnland hat es keine Debatte über dieses Thema gegeben.

Auf Initiative von 22 Staaten ist der Menschenrechtsrat am 11. August 2006 zu einer zweiten Sondersitzung zusammengetroffen, um die schweren Menschenrechtsverletzungen im Libanonkrieg zu untersuchen und im Besonderen den Resolutionsentwurf bezüglich der Verletzung des Humanitären Völkerrechtes durch Israel im Libanon zu diskutieren. Die Resolution wurde von 27 Staaten angenommen, 11 davon haben dagegen gestimmt und 8 haben sich der Stimme enthalten. Es ist auffallend, dass alle EU-Staaten dagegen gestimmt haben. Nach der Abstimmung hat der bekannte amerikanische Völkerrechtsexperte, Professor Alfred de Zayas, der 22 Jahre lang für die UN tätig war und lange Zeit Sekretär des UN-Human Rights Committee war, in einem kurzen Interview für das schweizerische/deutsche Magazin Current Concerns folgende Aussage getätigt: „Die EU verfolgt offensichtlich ihre pro-USA und pro-Israel Politik weiter, so wie sie dies auch in den letzten Jahren in der Menschenrechtskommission getan hat, als sie auch gegen andere rechtmäßige Resolutionen wie etwa über Guantanamo Bay gestimmt hat ... Die EU hat die Möglichkeit vertan, eine führende Rolle in der Gemeinschaft der Staaten zu spielen und zu einer Lösung des Konfliktes in Nahen Osten beizutragen. Viele Mitglieder des Sekretariats des Menschenrechtsrates und von Nichtregierungsorganisationen haben umsonst gehofft, dass sich die EU allmählich von ihrer ungewöhnlichen Abhängigkeit von den USA lösen würde ... Mir erscheint die europäische Perspektive willkürlich und weit entfernt von ernsthaftem Interesse an Menschenrechten“ (Current Concerns Express No 2/2006). Diese sehr ernste Angelegenheit hat in Finnland keine Diskussion hervorgerufen.

Im Zusammenhang mit der ASEM-Konferenz in Finnland im September 2006 hat die EU China darum ersucht, keine Menschen zum Tode zu verurteilen. China hat diesen Apell abgelehnt. Auch wenn sich die EU als Verteidiger der Menschenrechte präsentiert ist es wichtig anzumerken, dass in Dänemark die Menschenrechtsorganisation Amnesty International Informationen über den Waffenhandel der EU veröffentlicht hat. Laut dieser Liste hat Italien in der letzten Dekade Hinrichtungsgeräte an China verkauft, was auch nicht durch EU-Bestimmungen verhindert wurde (Lave K. Broch, Denmark 20.9.06). In Finnland wurde diese Angelegenheit nicht diskutiert.

Im September 2006 haben sich die Verteidigungsminister der Europäischen Union darauf geeinigt, Ausrüstung und Dienste zur Verteidigung im Falle einer Krise oder eines Krieges miteinander zu nutzen (Financial Times 21.9.06). Dies ist ein ernster Schritt hin zu einer gemeinsamen Verteidigung. In Finnland hat es keine Diskussion darüber gegeben.

Diese Liste könnte noch erweitert werden. Die Hauptaussage ist auf jeden Fall, dass die effizienteste Art progressive Denkweisen, welche die Interessen der Großunternehmer stören, zum Verstummen zu bringen, diese ist, alle europäischen Länder zu vereinen und eine einstimmige EU zu schaffen, die mit einer einzigen Stimme auf der internationalen Bühne auftritt. Das ist es auch, was die finnische Präsidentin Tarja Halonen anstrebt.

Finnland und die NATO

Im Jänner 2003 sagte Gustav Hägglund, der Vorsitzende des Militärausschusses der Europäischen Union in Helsinki: „Falls sich Finnland nicht bis zum Ende der Dekade zugunsten der NATO-Mitgliedschaft entscheidet, wird dies keinen Unterschied machen, da bis dahin die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und die europäische Säule der NATO dieselben sein werden“ (EUobserver 17.1.2003).

Im Mai 2003 hat der amerikanische Forscher Andrew Michta auf die Tatsache hingewiesen, dass die Menschen in den meisten europäischen Ländern nicht bemerkt haben, dass sich die NATO sehr schnell von einer traditionellen Verteidigungsallianz zu einem globalen Akteur wandelt. Professor Michta war in Helsinki, um sich mit der NATO-Debatte in Finnland vertraut zu machen – oder besser gesagt mit dem Mangel an Diskussion über die NATO.

Dies könnte als ein Auslöser für die Diskussion gedient haben. Im September 2003 meinte der Befehlshaber der finnischen Streitkräfte, Admiral Juhani Kaskela, dass Finnland der geplanten gemeinsamen EU-Verteidigung beitreten wird und dass diese so genannte Sicherheitsgarantie es auch notwendig macht, dass Finnland der NATO beitrifft. „Vier Fünftel der gegenwärtigen und zukünftigen Mitgliedsstaaten der Union teilen ihre gemeinsame Verteidigungsverpflichtung in der NATO und die Sicherheitsgarantien werden als letzter Ausweg von den USA sichergestellt“, so Kaskela (Helsingin Sanomat 23.9.2003). Die Tatsache, dass Präsidentin Halonen durch diese Äußerung vor den Kopf gestoßen worden ist, ist sicherlich nicht auf den Umstand zurückzuführen, dass Admiral Kaskela eine falsche Einschätzung gemacht hatte, sondern weil seine Einschätzung die Sache genau auf den Punkt gebracht hatte.

Im November 2003 sagte die Vorsitzende des außenpolitischen Komitees des finnischen Parlaments Liisa Jaakonsaari (Sozialdemokratin) in einem Fernsehinterview, dass Finnlands Beziehung zur NATO nur einer Meldung bedürfe. Laut Jaakonsaari, die früher eine Friedensaktivistin war, ist es an der Zeit, die imaginären Ängste vor der NATO loszuwerden (Helsingin Sanomat 16.11.2003). Jaakonsaari wurde später durch Präsidentin Halonen unterstützt, welche im November 2004 meinte, dass eine Zusammenarbeit mit der NATO die Streitkräfte der EU-Staaten stärken würde. Diese Äußerung wurde im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Tatsache gemacht, dass Finnland an den gemeinsamen EU-„battle groups“ gemeinsam in einer Einheit mit den NATO-Mitgliedstaaten Deutschland und Holland teilnimmt (Helsingin Sanomat 9.11.2004).

Im November 2004 meinte der amerikanische NATO-Botschafter Nicholas Burns bei einem NATO-Seminar in Helsinki, dass die NATO einer Teilnahme Finnlands an den EU-„battle groups“ zustimmen würde. „Die finnischen und die NATO-Militärkräfte können gut miteinander funktionieren und Finnland hat sich als guter Gefährte erwiesen, also ist der Weg frei, falls ihr euch dafür entscheiden solltet. Ich hoffe, dass Finnland diese Option ernsthaft in Erwägung zieht“ (Helsingin Sanomat 30.11.2004).

Finnland hat an den militärischen Übungen der NATO im Jänner 2004 teilgenommen, als die NATO-Staaten und einige verbündete Staaten Entscheidungsfindung in Krisensituationen trainiert haben (Helsingin Sanomat 30.11.2004).

In allen Meinungsumfragen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, hat sich eine klare Mehrheit der finnischen BürgerInnen gegen eine NATO-Mitgliedschaft ausgesprochen. Aber bei der NATO-Mitgliedschaft verhält es sich wie mit der Atomkraft. Sie wird Stück für Stück durchgesetzt, von einer kleinen politischen und industriellen Elite, die die Meinung des Volkes komplett ignoriert.

Finnland kümmert sich nicht um den NPT

Im Jahre 2005 begann TVO (Teollisuuden Voima), den fünften Atomreaktor in Finnland, Olkiluoto 3, zu bauen. Es wird der größte Reaktor der Welt sein, 1.600 MW erzeugen und ist ein Prototyp eines Prototyps, da die Errichtung des Prototyps 2007 in Frankreich beginnen wird. Dieser EPR (European Pressurized Water Reactor) kann auch mit MOX-Brennstoff betrieben werden, welcher auf Plutonium basiert. Nukleare Energieproduktion hat und wird auch weiterhin als Kulisse für Nuklearwaffen dienen.

In der westlichen Welt planen nur die USA, Großbritannien und Frankreich ernsthaft die Errichtung neuer Atomreaktoren. Diese Staaten planen auch die Herstellung neuer und die Modernisierung alter Atomwaffen; Atomkraft ist ein Muss – da sie die „Atoms for Peace“ repräsentiert. Finnland passt perfekt in dieses Bild: ein neutrales, umweltfreundliches und über hochentwickelte Technologie verfügendes Land fungiert als eine Art Aushängeschild für eine friedliche Nutzung der Atomkraft.

Um dieses Bild zu vervollständigen: es gibt schon Pläne, Uranabbau in Finnland zu betreiben. Die Verarbeitung von Uran und die Herstellung von Brennstoff für die Energieproduktion würde immer noch im Ausland stattfinden, in Frankreich, Deutschland oder sonstwo. Die finnischen Behörden können niemals mit 100 %iger Sicherheit garantieren, dass in Finnland abgebautes Uran nicht in die falschen Hände gerät. Einfache Bomben können direkt aus reactor grade plutonium hergestellt werden. Giftige und radioaktiv angereicherte Uranbomben (DU-Bomben) werden erzeugt, wenn Reaktorbrennstoff für kommerzielle Reaktoren hergestellt wird und Atom Müll bearbeitet wird.

1968 wurde in Finnland der Non Proliferation Treaty (NPT) unterzeichnet. Zivile Atomprogramme haben jedoch zur Weiterverbreitung von Atomwaffen und zum zunehmenden Risiko eines Atomkonfliktes geführt.

Ein Land, das ernsthaft nukleare Abrüstung, Frieden und Sicherheit propagiert, sollte schlau genug sein um ein Beispiel zu setzen und sich all seiner nuklearen Technologie zu entledigen. Durch die Aufrechterhaltung der Illusion der „Atoms for Peace“ werden nur „Atoms for War“ und vollständige Zerstörung gefördert.

Finnland wird zu meinem tiefen Bedauern – durch das Befolgen der Befehle der EU, durch die langsame Planung einer NATO-Mitgliedschaft, durch die Errichtung eines neuen zivilen Reaktors als erstes westliches Land seit der Katastrophe in Chernobyl 1986, und aufgrund der ernsthaften Pläne des Abbaus von Uran in verschiedenen Teilen des Landes – seiner Rolle als Verteidiger des Friedens, des Respekts für die Natur und der Menschenrechte nicht gerecht. Warum? Ich weiß es wirklich nicht! Aber der Gewinner des Literaturnobelpreises 2005 Harold Pinter beschrieb diese Situation in seiner Rede im Rahmen der Nobelpreisfestivitäten. Er meinte, dass die meisten PolitikerInnen nicht die Wahrheit interessiert, sondern die Macht und wie sie diese erhalten können. Damit die PolitikerInnen an der Macht bleiben können ist es, Pinter zufolge, wichtig, dass die

BürgerInnen ignorant gehalten werden. Also sind wir von einem Netz von Lügen umgeben, die von denjenigen verbreitet werden, die wir gewählt haben, um uns zu regieren. Was für ein katastrophales Versagen der Demokratie!

Die Langfassung des Beitrages findet sich auf <http://www.aspr.ac.at/kloetzer.pdf>